



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

Die Staatsregierung muss das Chaos in der Energiepolitik umgehend beenden!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betont, dass eine erfolgreiche Energiewende Grundvoraussetzung für das Erreichen der Pariser Klimaziele ist. Der Landtag unterstreicht, dass ihr Gelingen wiederum essenziell vom Faktor Zeit abhängt. Der Landtag äußert besorgt, dass angesichts der offensichtlichen Uneinigkeit innerhalb der Staatsregierung bei zentralen energiepolitischen Fragen die Handlungsfähigkeit des Freistaates für die verbleibende Legislaturperiode ernsthaft gefährdet ist.

Der Landtag fordert die Staatsregierung daher auf, unverzüglich die Konflikte auszuräumen und bisher verschleppte, aber dringend notwendige energiepolitische Maßnahmen (Windkraftausbau, Photovoltaikausbau auf Neubauten, Nutzung der Potenziale der Geothermie, Vorlage des Klimaschutzgesetzes, Akzeptanzförderung beim Netzausbau) auf den Weg zu bringen. Ziel muss die Dekarbonisierung des Energiesektors bis 2030 sein.

Begründung:

Der Ausbau der Windenergie in Bayern ist mit der Einführung der 10H-Regelung beinahe vollständig zum Erliegen gekommen. Während es von Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber einen Vorstoß zur Abschaffung der 10H-Regelung gab, wird dies seitens der CSU – trotz erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken – nach wie vor ausgeschlossen. Die Staatsregierung hat seit Beginn der Legislaturperiode nicht vermocht, Alternativansätze zu entwickeln, die zu einem nennenswerten Windenergieausbau geführt hätten. Mit der jüngsten Ankündigung von mehreren hundert Windkraftanlagen (500 – 1 000 WKA) in bayerischen Wäldern haben Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) und Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER) zunächst lediglich die Ankündigungspolitik fortgesetzt und hochgeschraubt – offenbar ohne dies mit der für Staatsforste zuständigen Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Michaela Kaniber (CSU) abzustimmen. Diese warnte vielmehr davor, „die bayerischen Wälder unkontrolliert mit Windrädern vollzupflastern“. Und weiter: „Pauschale Ansätze, einfach möglichst viele Windräder in Bayerns Wäldern zu errichten, sind schöne Worte ohne wirkliche Lösung. Wer die heimischen Wälder dabei einfach hinter energiewirtschaftliche Interessen zurückstellt, opfert unsere Wälder und damit unsere Heimat.“ Dabei hatte Ministerpräsident Dr. Markus Söder bereits 2019 100 Windkraftanlagen in Staatsforsten angekündigt und in seiner Regierungserklärung

im Juli 2021 diese Ankündigung dann auf 500 erhöht. Bis Sommer 2021 war noch keine errichtet.

Ein weiterer Streitpunkt der bayerischen Energiepolitik ist/war die Frage nach einer Photovoltaikpflicht auf Neubauten. Ministerpräsident Dr. Markus Söder hatte diese für gewerbliche Neubauten bereits für Anfang 2021 zugesagt, um dann in seiner Regierungserklärung im Juli 2021 die Umsetzung auf Bundesebene zu fordern. Derweil haben andere Bundesländer bereits entsprechende Regelungen erlassen.

Neben dem massiven und beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen die Stromnetze ausgebaut werden. Das ist auch für die Versorgungssicherheit in Bayern relevant. Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger hat sich bei mehreren Gelegenheiten – u. a. in seiner Regierungserklärung 2019 – kritisch zu den Trassen geäußert und damit die Akzeptanz bei der Bevölkerung untergraben.